



# MAGAZINE

**GLEB (10) IST DER SOHN VON IGOR,  
DER AUF EUROPAS STRASSEN  
MONATELANG LKWS FÄHRT.**



## **DREI MONATE KABINE – EINE WOCHE FAMILIE**

Über prekäre Arbeitsbedingungen auf Europas Straßen

## **PERSPEKTIVEN IN BULGARIEN**

Zwischen Auswanderung und Protest

## **INTERVIEW MIT CHRISTA SCHWENG**

„Wir sind davon überzeugt, dass dies nur gemeinsam mit den Menschen und Unternehmen erreicht werden kann“

## **DAS RECHT AUF GLEICHE CHANCEN REALISIEREN**

Erasmus+ Projekt „Arbeiten um jeden Preis?“ für prekär beschäftigte Frauen

**AUSGABE 02/2022**

## Liebe Leser:innen, liebe Kolleg:innen,

seit dem Frühjahr 2020 erforscht eurofound mit seiner Living, working and Covid-19 e-survey die Auswirkungen der Pandemie. Die 5. Runde vom Frühjahr 2022 reflektiert auch die Folgen des Krieges in der Ukraine mit der in Folge höchsten Inflation und höchsten Anstieg in den Lebenshaltungskosten in der EU seit den 70er Jahren. Zwei Ergebnisse sind besonders besorgniserregend: Erstens, obwohl inzwischen fast alle Pandemieeinschränkungen aufgehoben wurden, ist das Niveau der mentalen Gesundheit tiefer als vor der Pandemie. Viele Menschen konnten sich also nicht gänzlich von den mentalen Folgen der Pandemie erholen.

Zweitens, während der Pandemie ist das Vertrauen in Institutionen beständig gefallen. Der Krieg und die Inflation scheinen diesen Trend noch zu verschlimmern. Arbeitslose und Personen, die Schwierigkeiten haben, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, zeigen dabei weniger Vertrauen als finanziell besser situierte Personen. Wobei selbst unter letzteren das Vertrauen in die EU und die nationalen Regierungen gesunken ist, und zwar sogar stärker als bei anderen Gruppen. Es ist ein schwacher Trost, dass die EU dabei im Durchschnitt besser abschneidet als nationale Regierungen. Auffallend ist auch: Bürger:innen, die social media-Kanäle als bevorzugte Informationsquelle nutzen, misstrauen staatlichen Institutionen mehr als Bürger:innen, die auf traditionelle Medien zurückgreifen. Welche Schlüsse gilt es für uns daraus zu ziehen?

Staatliche Institutionen und auch Arbeitnehmerorganisationen müssen noch viel stärker in sozialen Medien präsent sein. Die Mittel aus EU und nationalen Hilfspaketen müssen so zielgerichtet eingesetzt werden, dass die wirklich Bedürftigen davon profitieren. Die Stärkeren in unserer Gesellschaft sind insbesondere aufgerufen, sich solidarisch zu zeigen. Nur wenn es uns gelingt, Vertrauen wieder herzustellen, werden wir unsere Demokratien verteidigen können. Das Ergebnis der letzten Parlamentswahlen in Frankreich und die Prognosen für die bevorstehenden Parlamentswahlen in Italien sind ein weiteres Alarmzeichen, wie politisch fragwürdige Bewegungen die aktuellen unsicheren Zeiten für ihre Zwecke instrumentalisieren.

Das EZA-Startseminar Ende September wird unter dem Titel „Solidarität und sozialer Friede in unruhigen Zeiten“ den europäischen Austausch suchen. Erste Fragen und Antworten haben wir in diesem EZA-Magazin auch im Interview mit der Präsidentin des EWSA, Christa Schweng, gesucht.

Ich wünsche Ihnen gute Lektüre!

Sigrid Schraml  
Generalsekretärin



# INHALT

4

**DREI MONATE KABINE - EINE WOCHE FAMILIE:**

Über prekäre Arbeitsbedingungen auf Europas Straßen

9

**PERSPEKTIVEN IN BULGARIEN:**

Zwischen Auswanderung und Protest

12

**INTERVIEW MIT CHRISTA SCHWENG:**

„Wir sind davon überzeugt, dass dies nur gemeinsam mit den Menschen und Unternehmen erreicht werden kann“

15

**DAS RECHT AUF GLEICHE CHANCEN REALISIEREN:**

Erasmus+ Projekt „Arbeiten um jeden Preis?“ für prekär beschäftigte Frauen

16

**IMPRESSUM**

# DREI MONATE KABINE – EINE WOCH FAMILIE

Über prekäre Arbeitsbedingungen auf Europas Straßen

**TEXT:** Lukas Fleischmann  
**FOTOS:** Lukas Fleischmann





DIE FAMILIE MIT JOVITA PRETZSCH VON SOLIDARUMAS

(Kanus/Litauen) Gleb sitzt auf dem Sofa und starrt auf die App Viber. Diese App ist kein Spiel und auch kein soziales Netzwerk, es ist eine Kommunikationsdienst, mit dem der Zehnjährige mit seinem Vater in Kontakt bleibt. Igor ist rund 1.600 Kilometer von ihm entfernt auf einer süddeutschen Autobahn irgendwo bei Karlsruhe, während Gleb in einem Vorort von Kaunas gemeinsam mit seiner Mutter und seiner Schwester lebt. Die Familie kommt aus der Ukraine und musste vor dem Angriffskrieg nach Litauen fliehen. Derzeit lebt die Familie in einem Haus, das von Litauern zur Verfügung gestellt wurde, die für ein Jahr in die USA emigriert sind. Die einzige geforderte Gegenleistung: Hundesitting.

Igor kennt Litauen schon eine ganze Weile, denn er fährt seit Jahren für litauische Firmen Güter mit dem LKW durch Europa. Als Fernfahrer bis zu drei Monate am Stück. „Wenn ich auch nur die Hälfte in der Ukraine verdienen könnte, würde ich das nicht tun“, sagt Igor, während er gerade eine Pause auf einer Raststätte macht und über die App mit seinem Sohn und seiner Frau auf dem Sofa kommuniziert. „Aber in der Ukraine verdiene ich ein paar hundert Euro im Monat, in Litauen mehr als das Vierfache.“ Diese Einkünfte von Igor sind nicht nur für seine Familie überlebensnotwendig, sondern auch für zahlreiche Verwandte, die trotz des Krieges in der Ukraine geblieben sind. Von seinem Gehalt müssen viele leben, sagt Natalya. Sie ist Igors Ehefrau. „Ein weiterer Neffe oder eine Nichte kommt im September auf die Welt. Igor hilft seinem Bruder, denn in der Ukraine gibt es jetzt keine Arbeit. Die Preise sind aber mittlerweile höher als hier, obwohl die Löhne niedriger waren“, sagt sie.

Normalerweise bleibt Igor nach einem dreimonatigen Trip für mindestens einen Monat zu Hause bei seiner Familie. Seit dem Krieg ist aus dem Monat eine Woche geworden und Natalya kümmert sich fast ausschließlich um die Care-Arbeit zuhause. Zusätzlich zur Kinder- und Familienbetreuung arbeitet sie ein paar Stunden pro Woche als Frisörin in Kaunas, um noch einen kleinen Zuverdienst für die Familie zu erwirtschaften.

## Eine Gewerkschaft sorgt für Sicherheit

Im Vergleich zu anderen Fahrer:innen genießt Igor einige Vorteile und läuft weniger Gefahr von seinem Arbeitgeber ausgebeutet zu werden. Das liegt vor allem an seiner Mitgliedschaft in der Gewerkschaft „Solidarumas“. Denn diese Gewerkschaft, die auch EZA-Mitgliedszentrum ist, vertritt die Rechte ihrer Mitglieder, wenn sie in Europa unterwegs sind. Gintaras Čiužas ist der Vorsitzende der Transportzweigs von Solidarumas und vertritt über 2.000 Mitglieder. Er selbst fuhr zehn Jahre lang LKW und kennt die Bedürfnisse der Fahrer:innen. „Die Menschen erleben Stresssituationen, wenn sie von ihren Familien getrennt sind. Vor allem dann, wenn man in einem unbekanntem Land mit unbekanntem Gesetzen, unbekanntem Menschen und unbekannter Sprache ist. Die Leute befinden sich bei Problemen in einer Sackgasse. Sie wissen nicht, was sie als nächstes tun sollen. Und dann rufen sie uns an und wir versuchen zu helfen“, sagt Gintaras.

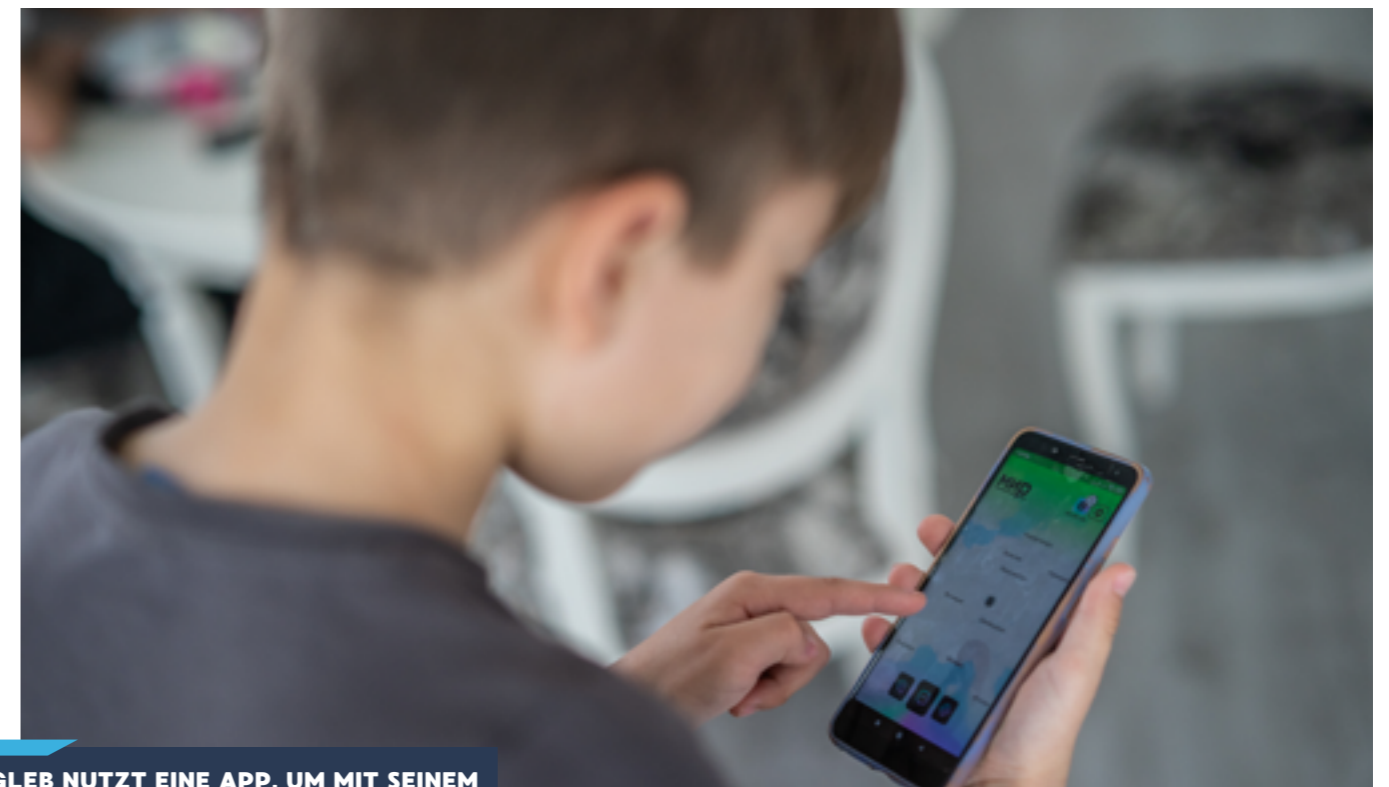
Ein Beispiel aus seiner Arbeit: Ein Fahrer schlief in seiner Kabine auf einer Raststätte in Frankreich, während in der Nacht der Diesel seines Fahrzeugs gestohlen wurde. Bei den aktuellen Preisen für Kraftstoffe ist das keine Seltenheit. Schon die Kommunikation mit der Polizei war aufgrund der Sprachbarrieren fast unmöglich. Dann verlangte der Arbeitgeber, dass der Fahrer den entstandenen Schaden von einem eigenen Gehalt begleichen solle. Ein typischer Fall, bei denen Gintaras aktiv wird. „Normalerweise wenden sich die Menschen an unsere Gewerkschaft erst dann, wenn Probleme auftreten. Das Bewusstsein unserer Leute ist noch nicht so weit gewachsen, dass sie aus Solidarität der Gewerkschaft beitreten. Ihre Haltung ist folgende: Das würde mir nicht passieren, ich brauche das nicht, ich weiß alles selbst. Und dann passiert es eben doch“, sagt Gintaras. So sind rund 70.000 der 80.000 Fahrer:innen, die über Litauische Firmen angemeldet sind, in keiner Gewerkschaft, trotz der offensichtlichen Vorteile.

Das liegt auch am Gehalt, das in Litauen bezahlt wird. Mit bis zu 2.400 € netto ist das Gehalt eines Fernfahrers doppelt so hoch wie der nationale litauische Durchschnittslohn und mehr als viermal so hoch wie die der in der Ukraine oder Belarus. Es gibt also wenig Grund, sich für bessere Löhne gewerkschaftlich zu organisieren. Für ukrainische Fahrer wie Igor bedeutet diese Summe mehrere Familien mitfinanzieren zu können. Daher nimmt er die Entbehrungen, die der Job mit sich bringt, in Kauf. Mehr als 80 Prozent aller Fahrer:innen Litauischer Speditionen sind Ukrainer oder Belarussen. Weiterhin gibt es in vielen Ländern östlich der EU-Grenzen tendenziell noch weniger Bewusstsein für organisierte Arbeitnehmerinteressen, als

das in den osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten bereits der Fall ist. Schließlich sind Speditionen nicht wirklich begeistert, wenn Fahrer:innen gleich nach der Anstellung eine Mitgliedschaft in der Gewerkschaft anstreben.

## Ein unmenschliches System

Für Norbert Jungkunz ist dieses System unmenschlich. Seit mehr als 20 Jahren ist er als Seelsorger für Fernfahrer:innen vor allem in Bayern aktiv und fährt auf Autobahnraststätten, um Unterstützung und ein offenes Ohr anzubieten. Seine Klientel ist riesig: Deutschland ist das meistfrequentierte LKW-Land in der EU. Rund 1.5 Millionen Trucks fahren täglich über deutsche Autobahnen und damit mehr als 1.5 Millionen Fahrer:innen. „Stellen Sie sich einmal vor, Sie müssten jeden Tag an Ihrem Arbeitsplatz nach einer Toilette suchen? Klingt das nach menschlichen Bedingungen? Oder stellen Sie sich einmal die Verpflegung vor. Das Essen auf den Autobahnraststätten ist viel zu teuer. Also haben die Fahrer meistens einen Minikühlschrank dabei, der von den Frauen vollgemacht wurde. Oder sie kochen in der Kabine auf einem Gaskocher und das monatelang auf sechs Quadratmetern. Das klingt für mich unmenschlich“, sagt Norbert Jungkunz. Eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen habe er in den vergangenen zwei Jahrzehnten nicht erlebt. Das zeigt sich auch darin, dass die Arbeit für immer weniger Menschen innerhalb der EU attraktiv ist und die Belegschaft zunehmend aus dem Osten und sogar Asien kommt. „Mir sind Fälle von Vietnamesen bekannt, die über fragwürdigste Bedingungen hierherkommen. Das ist Menschenhandel“, sagt der Seelsorger.



GLEB NUTZT EINE APP, UM MIT SEINEM VATER IN KONTAKT ZU SEIN

GINTARAS ČIUŽAS – VORSITZENDER DES TRANSPORTZWEIGS VON SOLIDARUMAS



Dabei sind spätestens seit 2020 die Regelungen auf dem Papier deutlich strenger geworden, obwohl die EU schon seit Jahren an dem Thema dran ist. Denn mit dem Mobilitätspaket der EU soll das Gleichgewicht zwischen dem sozialen Schutz der Fahrer:innen und der Freiheit der Betreiber:innen, für grenzüberschreitende Verkehrsdienste, sichergestellt sein. Außerdem gibt es seit 2019 eine neue EU-Institution, die die Einhaltung dieser Regelungen grenzüberschreitend überwachen soll: die European Labour Authority (ELA) mit Sitz in Bratislava. Pia Fallström Mujkic ist deren Sprecherin. Sie beschreibt die Kooperation von nationalen Behörden und der ELA, wenn es um die Kontrolle auf der Straße geht. „Ein praktisches Beispiel für diese Zusammenarbeit ist eine Aktionswoche, die wir im Juni 2022 durchgeführt haben. ELA koordinierte zusammen mit Roadpol [A.d.R.: Netz der europäischen Verkehrspolizeibehörden] eine gemeinsame Inspektion in Kroatien, Bulgarien, Frankreich, Italien, Litauen, den Niederlanden und Spanien zur gleichen Zeit. Wir hatten auch Unterstützung von nationalen Inspektoren aus 13 anderen Mitgliedsstaaten. Es wurden zahlreiche Verstöße festgestellt. Von Tachomanipulation über Nichteinhaltung der Ruhezeiten bis hin zu Menschenhandel.“

Seit ihres Bestehens hat ELA die Anzahl der Inspektionen deutlich erhöht und auch die Zusammenarbeit mit nationalen Behörden ausgebaut. Doch der Kampf bleibt schwierig. Das liegt auch daran, dass manchmal gar nicht klar ist, in welchem Land gerade Verstöße vorliegen. „Menschen werden von einem Unternehmen angestellt, dass in Land A registriert ist. Aber eigentlich kommen sie aus einem anderen Land, einem Drittland, sehr oft aus einem Land außerhalb der EU. Dann schickt sie ihr Arbeitgeber, der in ebenjenem Land a registriert ist, zum Beispiel in Land b, das möglicherweise ein teureres Land mit einem höheren Einkommensniveau ist. Trotzdem zahlt der Arbeitgeber nur das Gehalt des günstigeren Landes, obwohl die meiste Zeit in dem teureren Land gelebt und gearbeitet wird.“

## Der notwendige Zugang zu Information

Auch für Pia Fallström Mujkic ist klar, dass das eigentliche Problem des sozialen Dumpings nicht so sehr bei den Fahrer:innen liegt, die über ihre Rechte aufgeklärt sind, sondern bei denjenigen, die keinen Zugang zu

Information haben. „Für unsere Arbeit ist der soziale Dialog mit Gewerkschaften, aber auch Arbeitgeberverbänden deshalb so wichtig. Denn es sind genau die Sozialpartner, die helfen nicht nur die Regelungen, sondern auch das Bewusstsein dafür zu etablieren.“ Norbert Jungkuz von der Betriebsseelsorge ist skeptisch, ob eine vermehrte Kontrolle und eine Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft für die breite Masse an Fahrer:innen positive Auswirkungen hat. Seine Forderungen gehen weiter: „Ich fordere einen festgesetzten Preis pro Kilo oder Tonne für den gewerblichen Güterverkehr. Denn nur so wird diese Preisspirale nach unten unterbrochen.“

Im Schnitt ist der LKW-Fahrer, der in der EU fährt, über 50 Jahre alt. Die Tendenz ist steigend. Für die Zukunft des Gütertransports stellt sich also die Frage, ob wieder mehr junge Menschen durch bessere, fairere Arbeitsbedingungen für diesen schwierigen Job begeistert werden können. Die Alternative ist für die Fahrer, die wenig Zugang zu Information und Arbeitnehmerorganisationen haben, ein System aus Ausbeutung, das auch vor Menschenhandel und moderner Sklaverei nicht zurückschreckt. Verzichtbar sind die LKWs nicht. Schließlich sind vier von fünf Dingen, die Europäer:innen nutzen, von einem der Millionen LKWs quer durch den Kontinent transportiert worden.

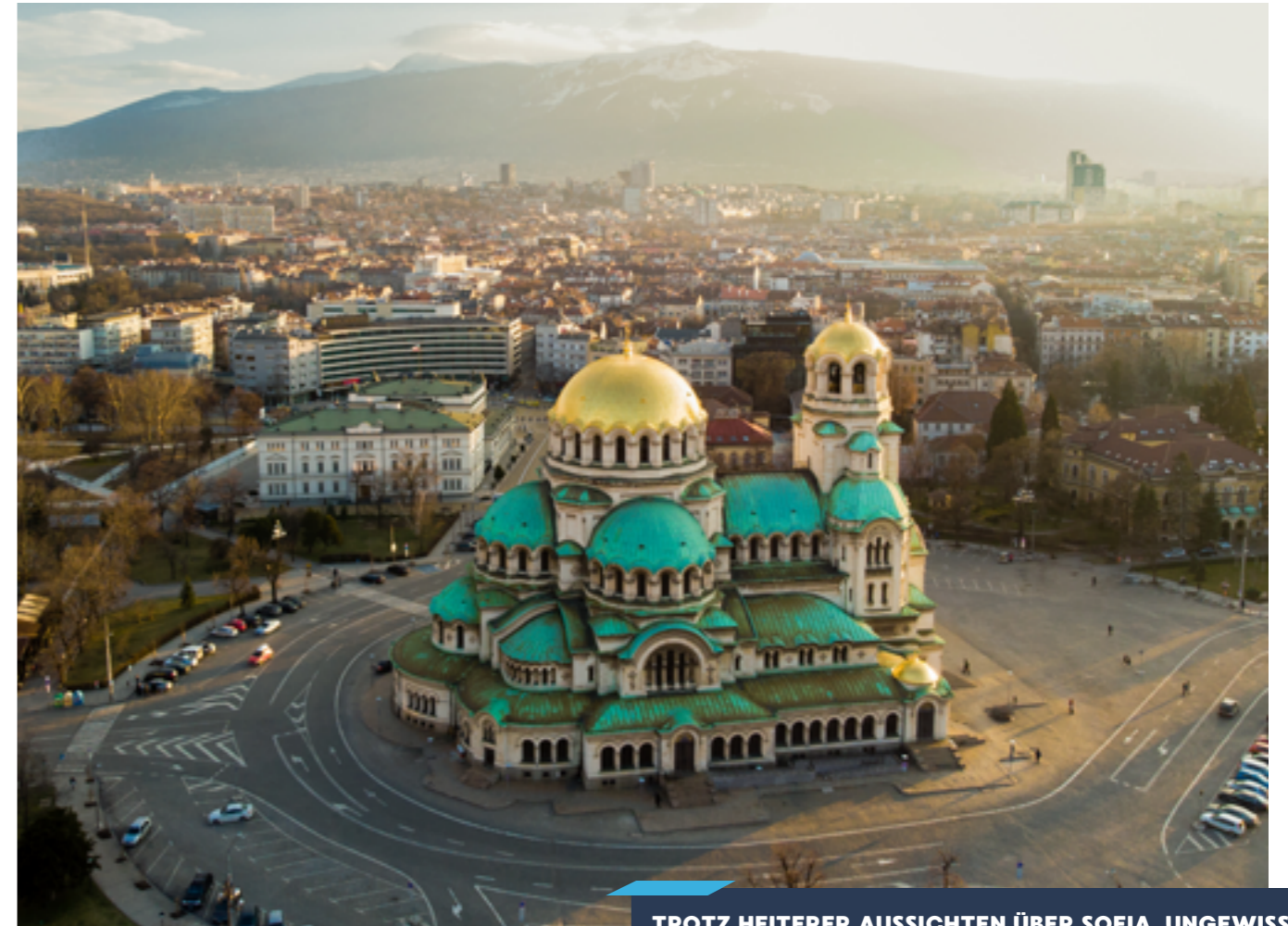
We Work Europe



Zu Igars Arbeitssituation als LKW-Fahrer und zur Gewerkschaftsarbeit von Solidarumas gibt es auch eine Folge des EZA-Podcasts „**We Work Europe**“, der auf [www.eza.org](http://www.eza.org) oder über diesen Code abrufbar ist.

# PERSPEKTIVEN IN BULGARIEN

Zwischen Auswanderung und Protest



TROTZ HEITERER AUSSICHTEN ÜBER SOFIA, UNGEWISSE AUSSICHTEN FÜR DIE ZUKUNFT BULGARIENS

TEXT: Ralph Würschinger

FOTOS: Ralph Würschinger, Adobe Stock

(Sofia/Bulgarien) Die Winter der Jahre 2020 und 2021 waren für Bulgarien sehr hart. Das Balkanland hatte nicht etwa mit extremer Kälte zu kämpfen, sondern mit der Pandemie, die auf ein fast kollabierendes Gesundheitssystem traf. Personalmangel, der sich aufgrund der zahlreichen Auswanderung junger Arbeitskräfte in nahezu allen Bereichen des wirtschaftlichen Lebens Bulgariens bemerkbar macht, hat das auf dramatische Weise offengelegt. „Viele Anästhesist:innen wurden eingesetzt, um Covid-Patient:innen zu helfen. Wir behandelten Covid-Patienten Tag und Nacht. Leider sind viele von ihnen verstorben. Mein Job war mit meiner Spe-

zialisierung besonders auf Covid-Patienten ausgerichtet.“, erzählt Genoveva Bellchova bei einem Interview für das EZA-Magazine im Sommer 2022. Als Anästhesistin ist sie am Shumen Klinikum in Sofia tätig und hat während des vergangenen Winters viele Zusatzschichten geleistet. „Wir haben für kurze Zeit Bonuszahlungen erhalten, aber das ist mittlerweile vorbei.“ Was bleibt, sind die Überstunden. Denn in den Kliniken Bulgariens fehlt es an Personal. Nicht nur im Ärzte-, sondern auch im Pflegebereich. Die Ursachen für diese Zustände haben schon weit vor der Pandemie begonnen.



**ALEKSANDER ZAGOROV**  
– BUNDESSEKRETÄR PODKREPA

## Bevölkerungsschwund

Seit Jahrzehnten ist Bulgarien geprägt von Auswanderung. Der Zusammenbruch der Sowjetunion hat massiv dazu beigetragen. Umgekehrt sind verhältnismäßig wenige Menschen nach Bulgarien eingewandert. Erst die Aufnahme in die EU 2007 dämpfte den Wegzug. Seit 2014 genießen Bulgar:innen die Arbeitnehmerfreizügigkeit, Migrationen finden seither vermehrt saisonal statt. Laut einer Studie der Caritas Bulgarien (aus dem Jahr 2019) lebten 2017 rund 1,3 Millionen Bulgar:innen in einem anderen Land. Zur gleichen Zeit machten Immigranten in Bulgarien 150.000 Menschen aus. Die Anzahl der Emigrierten ist damit beinahe neunmal höher als die der Immigranten. Die Folge: Die Bevölkerung schrumpft. In den vergangenen vierzig Jahren sank die Gesamtbevölkerung von 8,8 Millionen Einwohner auf aktuell 6,8 Millionen Einwohner.

Der Großteil der im Ausland lebenden Bulgar:innen ist im Alter zwischen 25 und 54 Jahren (Quelle: Eurostat population statistics 2019), also im arbeitsfähigen Alter. Die Bevölkerung im Land wird dadurch zunehmend älter und dem Arbeitsmarkt fehlen dadurch immer mehr Arbeitskräfte. Im Zusammenhang mit Covid und dem Gesundheitssystem hatte das gravierende Folgen für einen Großteil der Bevölkerung. Im November 2020 wies das Land die höchste pro Kopf Sterblichkeitsrate der EU auf. Das lag und liegt bis heute vor allem am Mangel an Pfleger:innen und Ärzt:innen, die sich den Patient:innen annehmen. 60 Prozent der Mediziner:innen sind älter als 51 Jahre und damit selbst einem höheren Risiko ausgesetzt, einen schweren Covid-Verlauf zu erleiden. Mit dem Anstieg der älteren Bevölkerung bräuchte es zunehmend mehr medizinisches Personal. Doch das Gegenteil ist der Fall. Laut der Bulgarian Association of Health Care Professionals verlassen jedes Jahr 1.000 Krankenschwestern und weitere medizinische Fach-

**PODKREPA-MITGLIEDER ÄRZTIN GENOVEVA BELLCHOVA (LINKS) & KRANKENSCHWESTER KRASMIRA DIMITROVA (RECHTS; SIE SCHILDERT IHRE SITUATION IM EZA PODCAST)**



kräfte Bulgariens. Ungleich weniger wandern ein. "Bessere Arbeitsbedingungen, bessere technische Ausstattung und die Möglichkeiten, sich fortzubilden, und natürlich höhere Gehälter. Darum sind einige Kolleg:innen nach Deutschland gegangen", meint Dr. Genoveva Bellchova. Sie kann diese Entscheidungen nachvollziehen und bewundert sie sogar ein wenig. Denn es braucht Mut, die Heimat zu verlassen. Die 47-jährige Fachärztin beklagt sich zwar über Missstände in ihrem Bereich, Auswandern ist trotzdem keine Option für sie – nicht mehr. Sie habe es versucht, bevor es die Europäische Union gegeben hat, das habe aber aus verschiedenen Gründen nicht funktioniert. Inzwischen hat sie sich hier Familie und Karriere aufgebaut. "Ich fühle mich der Gesellschaft verpflichtet. Ich engagiere mich auch für junge Menschen, da ich junge Student:innen unterrichte. Ich werde alles dafür tun, dass die Bezahlung hier besser wird, dass wir bessere Bedingungen haben und um unsere Ärzte auszubilden, damit sie hierbleiben." Seit etwa 25 Jahren engagiert sie sich im Gewerkschaftsbund Podkrepa, einem von zwei großen Gewerkschaften in Bulgarien mit 150.000 Mitgliedern und EZA-Mitglied.

## Herausforderung für Gewerkschaften

Aleksander Zagorov ist Bundessekretär bei Podkrepa. Er führt auf nationaler Ebene Verhandlungen mit der Regierung und staatlichen Einrichtungen und trägt dort die Begehren der Arbeitnehmer:innen vor. "Es gibt eine Reihe an Protesten in verschiedenen Sektoren. Manchmal geht es um mehr Sicherheit am Arbeitsplatz, manchmal um höhere Löhne. Besonders wenn es Inflation gibt, wenn die Zukunft ungewiss aussieht, geht es um höhere Löhne." Jüngst war es der Kultursektor, der medial auf sich aufmerksam gemacht hat. Im Juni protestierten Beschäftigte der Museen und Bibliotheken für eine bessere Bezahlung.

Zunächst hat der zuständige Kultusminister die Proteste ignoriert und kein Gespräch mit den Gewerkschaften gesucht, sagt der Podkrepa-Mitarbeiter. "Am Ende gelang es uns, die Aufmerksamkeit des Ministers durch das Parlament zu bekommen. Er gab zu, dass sein Verhalten inakzeptabel war, traf sich mit den Gewerkschaften und Vertretern der Proteste, um einen Tarifvertrag zu unterschreiben." Trotz dieses Erfolgs blickt Aleksander Zagorov mit gemischten Gefühlen in die Zukunft. "2023 wird für uns ein entscheidendes Jahr, da sich viele nationale Pläne und Strategien ändern werden. Zum Beispiel der Klima- und Energieplan, Pläne für die territoriale Entwicklung werden erstellt, viele Strategien werden in dem einen oder anderen Bereich erstellt, aber mit EU-Hilfe, und 2024 werden wir den Euro einführen.

Soziale Spannungen werden entstehen – es wird große Gruppen von Menschen geben, die mehr Gerechtigkeit brauchen." Aleksander Zagorov sieht es als Podkrepas Aufgabe, auf den veränderten Arbeitsmarkt und die alternde Erwerbsbevölkerung zu reagieren; mit Schulungen oder indem die Gewerkschaft bei der Arbeitssuche unterstützt. Die Überalterung zeigt sich auch in den Mitgliedszahlen der Gewerkschaft. Ein Problem, wie Zagorov findet. Der Einfluss von Podkrepa auf die Politik könnte langfristig schwinden, wenn die absoluten Mitgliedszahlen aufgrund des Nachwuchsmangels zurückgehen. Vielleicht sähen manche der jungen Menschen auf dem Arbeitsmarkt nicht die Notwendigkeit, einer Gewerkschaft beizutreten, obwohl Arbeitnehmer:innen aus der Medizin, der Kultur und auch im Speziellen Lehrer:innen über ungerechte Löhne klagen. Denn nicht in jedem Sektor beklagen sich die Beschäftigten über schlechte Arbeitsbedingungen oder zu niedrige Löhne.

## IT-Boom

"Ich glaube, niemand aus dem IT-Sektor würde sagen, dass er unterbezahlt ist. Okay, vielleicht gibt es jemanden, aber das ist lächerlich, wenn man bedenkt, was in anderen Sektoren bezahlt wird", sagt Nikolay Tanchev. Ursprünglich hat der 26-jährige Fashion Design studiert und macht jetzt eine Fortbildung als Programmierer. Außerdem arbeitet er als Software Support Specialist für ein amerikanisches Unternehmen, das einen Firmensitz in Sofia unterhält. Eine Win-Win-Situation für beide Parteien: Die Löhne, die internationale Unternehmen im IT-Sektor zahlen, sind für bulgarische Verhältnisse hoch. Laut Tanchev übersteigen sie die Gehälter von Lehrer:innen und z.T. auch die von Ärzt:innen. Eine konkrete Zahl möchte er nicht nennen. Gleichzeitig kommt es westlichen Unternehmen günstiger,

**NIKOLAY TANCHEV – PROGRAMMIERER**

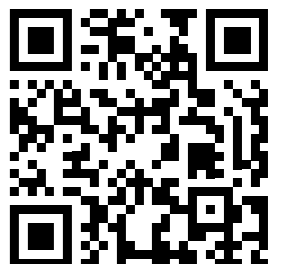


Arbeitskräfte in Bulgarien zu beschäftigen als anderswo in der EU.

Rund 100.000 Arbeitsplätze hat der IT-Sektor in jüngster Vergangenheit im Balkanland geschaffen. Neben den Outsourcing-Firmen entwickelt sich eine junge Startup-Szene in Bulgarien. Für Tanchev gibt es daher keinen Grund zur Beschwerde. Gewerkschaftsmitglied zu werden steht für ihn daher auch nicht auf dem Plan. Trotzdem erhält auch er Einblick in andere Sektoren durch Freunde, die das Land bereits verlassen haben. Ihm ist es wichtig, dass medizinisches Personal besser bezahlt wird: "Ihre Arbeit ist sehr hart, die Ausbildung dauert Jahre und wir brauchen wirklich Ärzt:innen hier.

Da brauchen wir ein höheres Gehalt, damit nicht nur Leute, die im Ausland studiert haben, zurückkehren, sondern auch damit sich mehr Leute dafür entscheiden, Medizin zu studieren und hier zu arbeiten." So wie Dr. Bellchovas Sohn. Er arbeite momentan am Universitätsklinikum in Varna, sagt sie. Dort sei er zwar glücklich, dennoch schließt sie nicht aus, dass auch er einmal ins Ausland gehen wird. Das sei für sie in Ordnung. Auf die Zukunft Bulgariens blickt die Ärztin mit einem guten Gefühl: "Wenn wir ehrlich sind, dann ist es gerade schwierig. Aber wir müssen optimistisch und proaktiv bleiben, Schritt für Schritt. Bessere Arbeitsbedingungen, höhere Qualifikationsmöglichkeiten, bessere Bezahlung – wir müssen zu Ende bringen, was wir angefangen haben."

**We Work Europe**



Weitere Infos und Einblicke in die Arbeit von Podkrepa gibt es in einer Folge des EZA-Podcasts „We Work Europe“, der auf [www.eza.org](http://www.eza.org) oder über diesen Code abrufbar ist.

# „WIR SIND DAVON ÜBERZEUGT, DASS DIES NUR GEMEINSAM MIT DEN MENSCHEN UND UNTERNEHMEN ERREICHT WERDEN KANN“



CHRISTA SCHWENG, PRÄSIDENTIN DES EWSA  
(EUROPÄISCHER WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS)

Christa Schweng, Präsidentin des EWSA (Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss), über die Arbeit ihres Ausschusses und die zahlreichen wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen, die auf Europa zukommen.

**INTERVIEW:** Ralph Würschinger  
**FOTOS:** EWSA

**EZA:** Als Sie im Jahr 2020 Ihre Arbeit als Präsidentin des EWSA aufgenommen haben, hatte die Pandemie bereits die ganze Welt erfasst. Jetzt herrscht Krieg in Europa. Wie hat sich diese Vielzahl an Herausforderungen und Umstellungen auf die Arbeit des EWSA und Ihre Präsidentschaft ausgewirkt?

**Christa Schweng:** Es war von Anfang an klar, dass wir an der Erholung von der Pandemie arbeiten mussten. Diese Art von Fähigkeit zur Erholung und Belastbarkeit, die danach entstanden ist, war dringend notwendig. Was den Krieg in der Ukraine betrifft, so hatten wir bereits am 24. Februar eine erste Diskussion über die Ukraine und die möglichen Folgen geführt, die dieser Krieg nicht nur für die Europäische Union, sondern insbesondere auch für die Menschen in der Europäischen Union haben könnte. Als konkretes Ergebnis wurden zwei Beschlüsse gefasst: Der erste befasste sich mit den tatsächlichen Folgen des Krieges in der Ukraine und der zweite forderte die Mitgliedschaft der Ukraine in der Europäischen Union. Außerdem haben wir diesen Beschluss eine Woche vor der Entscheidung des Rates, der Ukraine den Status eines Beitrittskandidaten zu verleihen, vorgelegt und angenommen. Ich denke, wir waren auf der Höhe der Zeit und sind auch wirklich sehr stolz darauf.

**EZA:** Der Krieg an den Grenzen der EU verunsichert die Menschen und macht ihnen Angst. Auch auf wirtschaftlicher Ebene hat er Folgen. Welche sind die dringendsten?

**Christa Schweng:** Die Inflation steigt und die Wirtschaftsaussichten werden schlechter. Außerdem haben viele Menschen aufgrund der Energiekrise Sorge, dass sie ihre Häuser nicht mehr heizen können. Wir haben also schon vor Kriegsbeginn argumentiert, dass die Energiewende angegangen werden muss. Die Frage lautete aber immer: Wie kann das Maßnahmenpaket ‚Fit für 55‘ realisiert werden? Wir sind davon überzeugt, dass dies nur gemeinsam mit den Menschen und Unternehmen erreicht werden kann. Man muss alle mit ins Boot holen – nicht nur die Unternehmen, sondern natürlich

„MAN MUSS ALLE MIT INS BOOT HOLEN – NICHT NUR DIE UNTERNEHMEN, SONDERN NATÜRLICH AUCH DIE ARBEITNEHMER:INNEN UND VERBRAUCHER:INNEN.“

auch die Arbeitnehmer:innen und Verbraucher:innen. Denn wenn die Gesellschaft im Allgemeinen nicht dahintersteht, wird es schwierig, diese Art von Zielen zu erreichen. Wir halten es daher für notwendig, alles, was wir haben und tun können, in erneuerbare Energien zu investieren und zu versuchen, so schnell wie möglich auf die Energiewende hinzuarbeiten.

**EZA:** Was sind neben den Auswirkungen des Krieges in der Ukraine und der Pandemie die dringendsten Themen, mit denen sich der EWSA derzeit beschäftigt?

**Christa Schweng:** Wir wissen, dass rund 90 % aller Arbeitsplätze in Zukunft digitale Kenntnisse oder zumindest digitale Grundkenntnisse erfordern werden. Es ist also keine Option mehr, sondern eine absolute Voraussetzung, über eine gewisse digitale Kompetenz zu verfügen. Je älter die Arbeitnehmer:innen sind, desto schwieriger ist es für sie, mit diesen Veränderungen zurechtzukommen. Niemanden zurückzulassen ist eines der Ziele und eine der Botschaften, die wir immer wieder nennen. Wir dürfen auch nicht den Übergang zu einer grünen Wirtschaft vergessen, denn er ist für uns genauso wichtig. Er erfordert eine andere Einstellung, eine andere Denkweise. Lassen Sie mich nur das Beispiel unserer Plattform der Interessenträger:innen für die Kreislaufwirtschaft nennen, die wir eingerichtet haben und die eine Sammlung von Best Practice-Beispielen darstellt. Inzwischen wurden über siebenhundert dieser Beispiele verschickt und sie zeigen, wie sich die Industrie, wie sich bestimmte Berufe ändern müssen, um auf ein Kreislaufmodell hinzuarbeiten – das erregt weltweit große Aufmerksamkeit.



In der jüngsten Vergangenheit wurde der EWSA kritisiert. Einige argumentieren, dass diese beratende Einrichtung überfinanziert ist und nicht genügend Einfluss auf die tatsächliche Politikgestaltung hat. Wie reagieren Sie auf diese Kritik?

**Christa Schweng:** Der EWSA besteht aus Arbeitgeber:innen, Arbeitnehmer:innen, Verbraucher-organisationen, Vertreter:innen aus der Landwirtschaft, Branchenverbänden

usw. Unsere Arbeit basiert auf einem Konsens. Wenn sich diese Gruppen auf etwas einigen, dann kann ich Ihnen versichern, dass dies eine sichere Säule bildet, auf die sich die Politiker:innen stützen können. Sie haben dann etwas zur Hand, auf das sie aufbauen können. So antworte ich auf diese Kritik. Meinen Sie nicht, dass die Menschen, sowohl Arbeitnehmer:innen als auch Verbraucher:innen, es verdienen, auf europäischer Ebene eine Stimme zu haben oder gehört zu werden?

Der EWSA (Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss) ist eine beratende Einrichtung der Europäischen Union (EU) und wurde 1958 gegründet. Sein Ziel ist es, die Zivilgesellschaft auf europäischer Ebene zu vertreten. Die Mitglieder sind Vertreter:innen aus Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften sowie aus sozialen, beruflichen, wirtschaftlichen und kulturellen Organisationen. Der EWSA besteht derzeit aus 329 Mitgliedern.

Dieses Interview ist eine kurze Zusammenfassung des „We Work Europe“-Podcasts. Wenn Sie sich die ganze Folge mit **Christa Schweng** anhören möchten, scannen Sie einfach diesen Barcode oder besuchen Sie: <https://www.eza.org/en/eza-podcast>

We Work Europe



# DAS RECHT AUF GLEICHE CHANCEN REALISIEREN

Erasmus+ Projekt „Arbeiten um jeden Preis?“ für prekär beschäftigte Frauen



EZA-MITGLIEDER BEI DER FESTHALTUNG DER EZA-CHARTA

**TEXT:** Karin Reisige  
**FOTOS:** EZA

Die europäische Union gibt Frauen Rechte, verbietet ungleiche Aufstiegschancen, ungleichen Lohn, garantiert ihnen das Recht auf persönliche Unversehrtheit am Arbeitsplatz und das Recht, mit Würde behandelt zu werden. Frauen in prekären Beschäftigungsverhältnissen, wie sie häufig in der Gastronomie, in der Reinigung oder bei privaten Sicherheitsdienstleistern vorkommen, sind von der Realisierung ihrer Rechte oft weit entfernt. „Hauptsache Arbeit!“ lautet zu oft ihr Gesetz. Belästigungen und andere Gesetzesverstöße sollen „weggelächelt“ werden – gerade in Berufen, bei denen Kundinnen und Kunden häufig öffentliche Bewertungen im Internet hinterlassen.

Kurz gesagt: Ökonomische Zwänge führen zu ungleichen Rechten, was nicht hinnehmbar ist. Die EZA-Mitglieder Nell-Breuning-Haus (Deutschland), SOLIDARUMAS (Litauen), PODKREPA (Bulgarien), Arbeiter-, Freizeit- und Bildungsverein (Italien) und EDS Fundacja Nowy Staw (Polen) haben deswegen das Erasmus+ Projekt „Arbeiten um jeden Preis? Ein Projekt gegen Ausbeutung, Diskriminierung und sexuelle Belästigung prekär beschäftigter Frauen“ ins Leben gerufen. Als Projektverbund von Gewerkschaften und Bildungshäusern entwickeln wir Standards für eine

geschlechtergerechte Arbeitnehmerinnenbildung, die in einer EZA-Charta festgehalten werden. Inhalt der Charta ist das Eintreten für gleichwertige Zugänge zu unserer Bildungsarbeit und die Berücksichtigung der spezifischen Lebenssituationen dieser Frauen. So können wir die Qualität und Relevanz unserer Arbeit erhöhen und unserem genuinen Auftrag noch besser erfüllen: Unterstützung von Arbeitnehmerinnen durch Bildung. Die Lebenssituationen prekär beschäftigter Frauen werden wir in einem Film und in einer Kampagne festhalten, um für das Thema in unseren europäischen Gesellschaften zu sensibilisieren. Ein eigenes Training, das es auch als webinar in den Sprachen deutsch, englisch, litauisch, polnisch und bulgarisch geben wird, vermittelt den Frauen die Kenntnisse, die sie brauchen, um ihre Rechte in Anspruch nehmen zu können. Zugleich bilden wir in einem Zertifizierungslehrgang Multiplikator\*innen aus, das Training durchzuführen und als Equal Opportunity Officer in Organisationen zu wirken. Realisiert wird das Projekt über die EZA-Plattform IPEO – International Platform for Equal Opportunities. Die Projektlaufzeit ist von Februar 2022 bis Juli 2024.

Rückfragen oder Interesse am Zertifizierungslehrgang? Wenden Sie sich gerne an die Projektleitung: **Karin Reisige**, Nell-Breuning-Haus in Herzogenrath, Tel.: +49 2406/9558 12, Mail: [karin.reisige@nbh.de](mailto:karin.reisige@nbh.de)





# MAGAZINE

## IMPRESSUM

### Herausgeber

EZA – Europäisches Zentrum für Arbeitnehmerfragen  
Johannes-Albers-Allee 2 53639 Königswinter  
Tel. +49 - 22 23 - 29 98 - 0  
Fax +49 - 22 23 - 29 98 - 22  
E-Mail: [eza@eza.org](mailto:eza@eza.org) [www.eza.org](http://www.eza.org)

### Redaktion

Sigrid Schraml, Lukas Fleischmann (verantwortlicher Redakteur), Karin Reisinger, Ralph Würschinger

### Editorialdesign & Grafik

Sofia Wunderling, 40227 Düsseldorf  
[wunderling.myportfolio.com](http://wunderling.myportfolio.com)

### Fotos

Lukas Fleischmann, EWSA, Adobe Stock

### Erscheinungsweise

Jährlich 3 Ausgaben



Finanziert von der  
Europäischen Union